

Schwierigkeiten schärfer hervor. Das zeigt sich etwa bei der Frage nach dem Spender der Ordination: Dem Hinweis darauf, daß in der lutherischen Kirche für die Ordination in der Regel leitende Amtsträger zuständig seien, folgt die Anmerkung, es sei zu prüfen, wieweit sich darin auch sachliche Übereinstimmung zum katholischen Verständnis spiegle; die kirchliche Legitimität einer Ordination hänge nach lutherischer Überzeugung letztlich nicht vom Rang des Ordinars, sondern vom Konsens der Kirche ab. Deutlich werden auch die Differenzen im Verständnis des kirchlichen Lehramts formuliert.

Wie soll Kirchengemeinschaft aussehen?

Die Arbeitsgruppe nennt ihren Text eine Bestandsaufnahme „auf dem Wege“, einen Versuch, bisher gewonnene Zwischenergebnisse aufzunehmen und zu überprüfen. Wie der

weitere Weg zwischen lutherischer und katholischer Kirche aussehen könnte, dazu enthält der Bericht nur einige sparsame Hinweise, allerdings macht er eine klare Zielvorgabe: Ziel könne nur die *volle Kirchengemeinschaft* sein. Gleichzeitig wird darauf bestanden, daß *theologischer Konsens* wichtigste Voraussetzung bleibe, um den Weg zu kirchlichen Entscheidungen freizumachen; man dürfe sich nicht beim Aufweis bloßer Konvergenzen beruhigen.

Der Bericht selber ist ein instruktiver Beleg für die *Schwierigkeiten*, die sich auf der Suche nach einem solchen theologischen Konsens ergeben, wobei er die katholische Lehre vom Papstamt als eine Hauptschwierigkeit nicht ausdrücklich behandelt. Letztlich geht es um die im ökumenischen Gespräch gegenwärtig vielfach ventilierte Frage nach den *Bedingungen* und *Formen* der angezielten Kirchengemeinschaft. Sie hängt wiederum mit tiefreichenden Differenzen im Kirchenverständnis zusammen. So weist der Be-

richt auf die deutlichen Unterschiede zwischen katholischer und lutherischer Tradition in der genaueren Verhältnisbestimmung zwischen der sichtbaren institutionellen Gestalt und dem verborgenen, nur im Glauben erfaßbaren Wesen der Kirche hin. Ob es in Zukunft möglich sein werde, die in der Reformation zerbrochene Kirchengemeinschaft wiederzuerlangen, hänge gerade auch von der Lösung dieser Kontroversfrage ab.

Eine solche Lösung ist gegenwärtig nicht in Sicht. Allerdings wird in vielen christlichen Kirchen derzeit nicht nur auf dem Hintergrund bilateraler Gespräche, sondern auch im Zusammenhang der Auseinandersetzung mit den Lima-Erklärungen intensiv um die Frage nach Voraussetzungen und Elementen der Kirchengemeinschaft gerungen. Ob und wann diese Bemühungen konkrete Auswirkungen auf Struktur und Lehre etwa lutherischer Kirchen haben werden, läßt sich beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung noch nicht übersehen. U. R.

Zwischen Provokation und Kompromiß

Die aktuelle Lage in Polen

Als am 5. Januar 1984 das seit langem geplante und immer wieder verschobene Treffen zwischen Kardinal *Glemp* und General *Jaruzelski* stattfand, gingen viele Beobachter davon aus, daß damit ein *längerer Zeitraum geminderter Konflikte* zwischen Kirche und Staat eingeleitet würde. Die letzte Begegnung hatte unmittelbar vor dem Papstbesuch im Juni 1983 stattgefunden. Unsicherheiten über den einzuschlagenden Kurs gegenüber der Kirche und Verärgerung über ihr Selbstbewußtsein, die auf dem Ideologie-Plenum des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) im Oktober 1983 und in Polemiken der Massenmedien zum Ausdruck kam, mögen Gründe für die lange Gesprächspause gewesen sein. In der Partei ging das Gespenst des wachsenden „Klerikalismus“ um.

In der letzten Dezember-Ausgabe der Wochenzeitung „Polityka“ veröffentlichte Vize-Premier *Rakowski*, der engste politische Berater Jaruzelskis, einen *scharfen Angriff auf Primas Glemp* (Polityka, 31. 12. 83). Er beschuldigte die katholische Kirche, mit ihrem Schweigen zu den Ereignissen im Jahre 1981 die Verhängung des Kriegsrechts

heraufbeschworen zu haben. Glemp habe noch zuletzt die verbotene „Solidarität“ und deren ehemaligen Vorsitzenden Wałesa gegen seine, Rakowskis, Bezeichnung der Gewerkschaft als destruktive Kraft in Schutz genommen. Wenn die „moralischen Autoritäten“ – gemeint war die katholische Kirche –, die heute die Regierung kritisierten, 1981 die Anarchie und deren Boten mit Entschiedenheit verurteilt hätten, wäre dem Lande die Verhängung des Kriegszustands erspart geblieben.

Überraschend verschärfte Gangart

Als ob es ein politisches Spiel der Warschauer Führung mit verteilten Rollen sei, signalisierte General Jaruzelski zur gleichen Zeit Verhandlungsbereitschaft, da er offensichtlich in der sehr angespannten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage kräfteverschleißende Konflikte mit der Kirche vermeiden wollte. So hieß es in dem Komunique im Anschluß an das Spitzentreffen u. a., beide Seiten befürworteten die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen Polen und dem Vatikan. Nach diesem

Kommuniqué verstärkte sich in Warschau der Eindruck, daß die polnische Regierung zunehmend darauf dringt, mit dem Vatikan diplomatische Beziehungen aufzunehmen, auch wenn die gemeinsame Verlautbarung keinen direkten Bezug darauf nahm. Die katholische Kirche wiederum dringt beständig auf die *Freilassung* der elf Aktivisten der „Solidarität“ und des Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung („KOR“) aus der Untersuchungshaft und wäre bereit, eine Bürgerrolle zu übernehmen. Ein besonderes Anliegen der Kirche ist die rechtliche und praktische Regelung des Projekts eines *Fonds zugunsten der privaten Landwirtschaft*, des privaten Handwerks und Kleinhandels. Eine rechtliche Hürde wurde mit der Einbringung des Regierungsentwurfs eines Stiftungsgesetzes im Sejm am 6. April genommen. Er hat einstimmig dem Gesetzentwurf über die Einrichtung „autonom, selbstverwalteter und unabhängiger Stiftungen“ zugestimmt.

Nahm man den deklarierten Wunsch der Regierung nach einer langfristigen Regelung des Verhältnisses zur katholischen Kirche und zum Vatikan ernst, dann mußte die *plötzliche Verschärfung der Gangart* der Behörden bei der seit Herbst 1983 propagierten Beseitigung von „religiösen Symbolen“ aus Polens Schulen befremden. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand dabei in den letzten Wochen die Landwirtschaftsschule in Miętne bei Garwolin (Wojewodschaft Siedlce).

Der Disput über die Entfernung religiöser Symbole verschärfte sich in Miętne im Dezember 1983, als die lokalen Behörden die unverzügliche Beseitigung aller Kreuze aus den Schulzimmern anordneten. Die Folge war eine *Welle des Protestes* in der Region und Protestbriefe an die Behörden. Eine Petition mit 10 000 Unterschriften wurde an den Staatsratsvorsitzenden *Jablónski* geschickt. In einem Protestbrief an General Jaruzelski warnten 29 Priester aus 14 Pfarreien den Premier, daß die Entscheidung der Behörden einen Boykott der für den 17. Juni anberaumten Kommunalwahlen nach sich ziehen könnte – ein politisches Menetekel, das die Warschauer Führung ohnehin schon auf sich zukommen sieht.

Der Bischof des nahen Siedlce, *Jan Mazur*, unterstrich in einem Brief an die Behörden, daß Innenminister *Kiszczak* der Bischofskonferenz zugesagt habe, bereits angebrachte Kreuze nicht aus den Klassenräumen entfernen zu lassen. Der Bischof unterstrich seinen Protest und seine Solidarität mit Eltern und Schülern in Miętne durch einen Hungerstreik.

Das „Kreuz mit dem Kreuz“

Die Kontroverse über die Entfernung von allen religiösen Symbolen aus öffentlichen Gebäuden, insbesondere Schulen, ist *so alt wie die kommunistische Herrschaft* in Polen. Nach einer rigiden Politik in der stalinistischen Epoche folgte eine liberalere Einstellung der Behörden in den ersten Jahren unter Gomulka. Eine neue Wende erfolgte im Jahre 1961, als das Erziehungsministerium in einem Erlass erklärte, daß die Schulen strikt als öffentliche Ein-

richtungen zu betrachten seien, und das Anbringen von religiösen Zeichen in ihren Räumlichkeiten wieder verbot. Erst in der Zeit der „Solidarität“ kehrten die Kreuze in zahlreiche Klassenräume zurück – nach einem stillen Übereinkommen mit der Regierung und in Übereinstimmung mit dem Willen von Schülern, Lehrern und Eltern. Das Problem blieb aber ein Dorn im Auge der Dogmatiker in der PVAP, und das „ideologische“ Plenum der Partei vom letzten Oktober signalisierte die Rückkehr zur genaueren Einhaltung der Richtlinien von 1961 (vgl. HK, Januar 1984, 12–15).

Auf der 196. Sitzung der polnischen Bischofskonferenz im Herbst 1983 wurde der Konflikt um die Kreuze diskutiert. Im Abschlußkommuniqué (21. 9. 83) gaben die Bischöfe ihrem Befremden über „häufige Zwischenfälle“ der letzten Zeit Ausdruck und dachten dabei auch an die Entfernung von Kreuzen aus Klassenräumen. Primas Glemp warf der Regierung Wortbruch vor, weil sie trotz vorheriger Versprechen die Kruzifixe aus öffentlichen Gebäuden und Betrieben entfernen lasse (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. 9. 83).

Die Antwort des Leiters des Amtes für Glaubensfragen, Minister *A. Lopatka*, ließ nicht auf sich warten. In einem Interview für die Nachrichtenagentur AP unterstrich er die Absicht der Behörden, die Kreuze aus Schulen, Fabriken und Krankenhäusern zu entfernen, die dort in der „Solidarität“-Zeit angebracht worden waren. Die einzige behördliche Zusage in dieser Angelegenheit sei das Versprechen an die Bischöfe gewesen, daß das amtliche Einschreiten in der Kruzifix-Frage in den Fällen aufgeschoben werde, wo es zu Unruhe Anlaß geben könnte (AP, 30. 9. 83). Deutlicher äußerte sich bis zuletzt Regierungssprecher *Urban* auf den regelmäßig stattfindenden Pressekonferenzen für die ausländischen Journalisten. Er betonte, daß die Behörden in keinem Fall die Durchlöcherung der Trennung von Kirche und Staat in Polen zulassen würden (Rzeczpospolita, 14. 3. 1984).

Seinen hohen politischen und symbolischen Stellenwert erhielt das „Kreuz mit dem Kreuz“ jedoch erst im Zusammenhang mit dem Konflikt an der Landwirtschaftsschule in Miętne in den ersten Monaten dieses Jahres. Es bleibt festzuhalten, daß sich die Auseinandersetzung nicht wesentlich über die Grenzen der Region ausweitete, zumindest sich nirgends sonst in Polen zu einem solchen von der internationalen Öffentlichkeit beobachteten Prestigekampf zwischen Kirche und Behörden entwickelte. Anscheinend hatten beide Seiten kein Interesse an der Ausweitung und Überbewertung des Konflikts, andererseits sollte es mehrere Wochen dauern, bis Behörden und Kirche, Schüler und Eltern von ihren jeweiligen Grundsatzzpositionen abrückten und einen Kompromiß in der Angelegenheit ermöglichten.

Kompromiß im Kruzifix-Streit

So erreichte der Konflikt seinen Höhepunkt ausgerechnet während der dreiwöchigen Südamerikareise von Kardinal

Glomp. Nach seiner Rückkehr traf am 13. März der Haupttrat des Episkopats zusammen, um über die aktuelle Lage zu beratschlagen und eine gemeinsame Entscheidung über die nächsten Schritte zu treffen. Nach der Anhörung des Berichts von Bischof Mazur, der aus diesem Anlaß nach Warschau gerufen worden war, warnte der Haupttrat in einem Kommuniqué vor Unruhe, die durch die Entfernung von Kreuzen aus den Schulen in der Bevölkerung entstehen könne. Das Wohl des Landes verlange Ruhe. Voraussetzung dafür sei aber die Achtung der Bürgerrechte der Gläubigen. Das Kommuniqué fuhr fort: „In der Nachkriegsgeschichte ist das Kreuz häufig aus den Schulen entfernt worden, und das geschieht weiter. Das führte immer zu Unruhen in der Bevölkerung. Die katholische Bevölkerung will nämlich, daß sich das Kreuz an den Plätzen der Jugenderziehung befindet. Daher bringt sie die von den Schulbehörden entfernten Kreuze bei der nächsten günstigen Gelegenheit wieder in den Schulklassen an und wehrt sich gegen die Abnahme. In Übereinstimmung mit dem Willen der katholischen Bevölkerung und der lernenden Jugend sollen die Kreuze in den Schulklassen bleiben“ (dpa, 14. 3. 84).

Während eines Gottesdienstes in Warschau solidarisierte sich Primas Glomp nochmals ausdrücklich mit dem Verlangen der Schüler und Eltern, die das Kreuz in der Schule wünschen. Er vertrat die Auffassung, die Entscheidung, keine Kruzifixe mehr in polnischen Schulen zu dulden, sei unvereinbar mit dem sozialen Frieden und dem Toleranzgebot. Glomp versicherte, gesellschaftliche Ruhe und Frieden erforderten auch Toleranz. Ein Gesetz, das die Gefühle der katholischen Mehrheit der Bevölkerung verletze, könne kaum gerecht sein (Neue Zürcher Zeitung, 17. 3. 1984).

Nach einer weiteren Eskalation des Konflikts in Miętne Ende März wurde in der ersten Aprilwoche ein Kompromiß gefunden, der den Kruzifix-Streit fürs erste beendete. Die Übereinkunft trägt weder die Unterschrift der Kirchenführung noch die der Warschauer Regierung. Aber er kann für künftige ähnliche Konflikte in öffentlichen Gebäuden maßgebende Bedeutung haben. Es wurde vereinbart, daß für alle Schüler am 9. April der Unterricht wieder beginnen sollte. Die Anstaltsleitung forderte keine Loyalitätserklärung mehr, in der die Eltern und Schüler sich zum laizistischen Charakter der Schule bekennen müssen. Sie sicherte auch zu, es werde keine Repressalien gegen die Wortführer unter den Schülern geben. Auch die zwei Lehrer, die wegen Solidarisierung mit Schülern und Eltern von der Schule verwiesen wurden, dürfen wieder unterrichten. Dafür willigten Schüler, Eltern und örtliche Kirche darin ein, daß in Zukunft nicht mehr in jedem Klassenzimmer ein Kreuz hängt, sondern nur noch im zentralen Lesesaal und im Internat der Schule.

Das Verhandlungsergebnis gaben die Schüler in einer Messe in Garwolin bekannt, in der die Einigung gefeiert wurde (Süddeutsche Zeitung, 7./8. 4. 84, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. 4. 84).

Der Konflikt um die Kreuze in der Landwirtschaftsschule in Miętne steht indessen nicht für sich alleine da. An ihm

läßt sich die gesamte Problematik des Verhältnisses zwischen Staat, Gesellschaft und Kirche unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen ablesen.

Glückt die „friedliche Koexistenz“?

Es darf bezweifelt werden, daß der Höhepunkt des Kruzifix-Streits zufällig mit der Landesdelegiertenkonferenz der PVAP (16.–18. 3. 1984), einem „Zwischenparteitag“, zusammenfiel, auf dem Parteichef Jaruzelski einerseits die *Dialogbereitschaft* des Staates gegenüber der Kirche bekundete, andererseits nochmals die Prinzipien der *Trennung von Kirche und Staat* unterstrich und vor einer Politisierung der Kirche warnte. Der Kreuze-Konflikt gab der Führung um General Jaruzelski zudem in der parteiinternen Auseinandersetzung mit den Dogmatikern Gelegenheit klarzustellen, daß die Parteiführung es ernst mit dem ideologischen Kampf gegen die Religion meint, zugleich aber auch vor der Überschätzung der eigenen Kräfte bei einem Kräfteressen mit einem unfreundlich gesinnten gesellschaftlichen Umfeld und sinnloser Verausgabung der schwachen Parteienergien zu warnen.

Das Signal mag in der gleichen Weise der mißtrauischen *sowjetischen Führung* gegolten haben, die ein entschiedeneres Vorgehen der polnischen Bruderpartei gegen einen politisch motivierten Katholizismus und einen offenen ideologischen Kampf um die führende Rolle der Partei in der Gesellschaft erwartet. Der neue sowjetische Generalsekretär *Tschernenko* hatte schon vor dem Tode seines Vorgängers Jurij Andropow den polnischen Genossen zu verstehen gegeben, wie er sich eine leninistische Partei als politischen Führer der Gesellschaft vorstellt (Artikel für *Trybuna Ludu*, 3. 11. 83) ... und im sozialistischen Polen scheint es nicht einmal durchsetzbar, das Anbringen von religiösen Symbolen in staatlichen Gebäuden zu verhindern.

Während die Warschauer Führung danach strebt, das Vordringen der katholischen Kirche in den gesellschaftlichen Raum während der letzten vier Jahre zu stoppen und womöglich rückgängig zu machen, hatte sich die polnische Kirche unter Kardinal Glomp ursprünglich auf eine angesichts der labilen politischen und gesellschaftlichen Lage notwendigerweise unklar gebliebene Politik der „nationalen Versöhnung“ verpflichtet, die von Kardinal Glomp heute – nach über zwei Jahren vergeblich versuchten Brückenbau – realistischer als Plädoyer für eine „friedliche Koexistenz“ zwischen kommunistischer Führung und Nation bezeichnet wird (DIE ZEIT, 16. 3. 84). Dabei hat die Kirche einige nicht unwesentliche *Vorleistungen* gegenüber der Regierung erbracht. Das wichtigste Zugeständnis war die schrittweise Distanzierung von der „Solidarität“ im Untergrund. Glomp erfüllte eine weitere Erwartung Jaruzelskis, indem er nicht ohne Widerstand des Klerus und der Gemeinden einige Priester aus der politischen Linie zurückzog. Im Streit um die Kruzifixe in staatlichen Gebäuden war der Primas auf einer Position angelangt, die er nicht räumen konnte, ohne das noch un-

gefestigte Ansehen bei den Gläubigen zu verlieren und zugleich sein politisches Gewicht gegenüber seinem Verhandlungspartner auf *staatlicher Seite zu mindern*.

Mit ihrem unglücklichen „Kreuzzug“ hat die Warschauer Führung den Primas zu einer *Entschiedenheit* veranlaßt, die ihr nur unlieb sein kann. Die katholische Kirche muß jetzt in ihren Verhandlungen mit der Regierung über die Regelung ihres rechtlichen Status noch vorsichtiger als

bisher agieren, um dem Kirchenvolk und dem Klerus glaubwürdig versichern zu können, daß sie mit einem auf den ersten Blick günstigen Rechtsstatus nicht Positionen aufgibt, die sie seit Jahren kraft der Fakten, der Machtverhältnisse, innehatte. Und General Jaruzelski muß seinerseits daran denken, das Interesse des Vatikans an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Warschau nicht unnötig durch kleine Kraftmeiereien zu verringern.

Dieter Bingen

Leidensverherrlichung, Leidensverdrängung, Leidensbewältigung

Fragen aus Anlaß von „Salvifici doloris“

Im Februar veröffentlichte Johannes Paul II. sein Rundschreiben „Salvifici doloris“ über den christlichen Sinn des menschlichen Leidens (vgl. den Wortlaut in: HK, März 1984, 117–134). Das war für uns Anlaß, vier Persönlichkeiten aus verschiedenen Fach- und Erfahrungsbereichen nicht eigentlich zum päpstlichen Rundschreiben, sondern zur Sache selbst zu befragen. Wir stellten dabei mit Absicht nicht so sehr physisches, sondern psycho-soziales Leid und die Frage nach christlicher Leidensbewältigung in den Vordergrund. Erwin Ringel ist Ordinarius für klinische Psychologie (Abteilung Psychosomatik) an der psychiatrischen Universitätsklinik in Wien. Frau Professor Magdalena Manstein ist Dozentin und war Leiterin des Fachbereichs Sozialpädagogik an der Fachhochschule für Sozialwesen und Religionspädagogik in Freiburg. Professor Rudolf Kautzky ist emeritierter Direktor der neurochirurgischen Klinik in Hamburg. Professor Dietrich Wiederkehr ist Kapuziner und Professor für Dogmatik an der Theologischen Fakultät in Luzern. Die Fragen stellte David Seeber.

„Der Leidende ist kein erfreulicher Anblick“

HK: Leiden ist Teil des menschlichen Lebens, wie immer sein Sinn verstanden oder mißverstanden wird. Es muß bewältigt bzw. durchgetragen werden. Was ist Ihre persönliche Antwort aus Ihrem Lebens-, Wissens- und Erfahrungsbereich heraus?

Ringel: Für mein Verständnis von Leiden gilt der Christoph Friedrich Öttinger zugeschriebene berühmte Spruch: „Gott, gib mir die Gelassenheit, die Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann; gib mir den Mut, die Dinge zu ändern, die ich ändern kann, und die Weisheit, das eine vom andern zu unterscheiden.“

HK: Leiden ist also nicht gleich leiden. Ein Schmerz,

auch ein heftiger, geht vorüber. Der Verlust eines Partners oder eines Kindes verändert ein ganzes Leben. Einzelne und Völker leiden unter sozialem Elend oder politischer Unterdrückung. Wie kann vermieden werden, daß noch so „gute“ Sinndeutungen des Leidens zu billiger Vertröstung anstatt zu Leidensbewältigung werden?

Ringel: Beim Leiden muß man unterscheiden zwischen unvermeidbarem Leid und vermeidbarem. Und zu beiden haben wir eine umgekehrte Einstellung zu haben. Das unvermeidbare Leid, die Schwäche, die Hinfälligkeit des Menschen, Krankheit, Lebensbegrenztheit, den Tod müssen wir hinnehmen und ertragen. Daneben gibt es sehr viel vermeidbares Leid. Das soziale Elend, gleich in welchem Teil der Welt, hat Gott nicht geschaffen, sondern ist Menschenwerk. Für dieses Leid müssen wir alle Kräfte sammeln, um es zu mildern, zu lindern, tragen zu helfen oder es zu beseitigen – letzteres vor allem.

„Man zeigt eine gewisse Leidensverliebtheit“

HK: Wie beurteilen Sie die Verkündigung der Kirche vor allem als Sinndeuterin des Leidens, als Helferin im Leiden, wie in ihrer Wirkung auf den Umgang mit dem Leid?

Ringel: Ich habe den Eindruck, daß die Kirche in ihrer Praxis den Unterschied zwischen hinzunehmendem und zu veränderndem Leid vielfach verwischt. Man zeigt eine gewisse Leidensverliebtheit. Man verherrlicht das Leid. Man tritt an im Zeichen des Kreuzes. Der Gekreuzigte hat gelitten, wir müssen ihm nachfolgen, wir müssen auch leiden. Und je mehr einer leidet, um so mehr wird er erlöst sein. Damit wird nicht nur im Bemühen aufgehört, beklagenswerte Zustände zu verhindern, sondern man vertröstet die Leute auf das Jenseits. Man sagt ihnen, je mehr du hier leidest, um so mehr wirst du oben erhöht. Dinge, die verändert werden müßten, werden so im Mittel eines Läuterungsprozesses umgewandelt und damit zementiert.